Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Dresden, Kaden & Comp., Nr. 1268.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Neustadt und Dresden-Altstadt

Bezugspreis freibleibend einschließl. Bringerlohn vom 16. bis 31. August 500 000,— M., unter Kreuzband für Deutschland wöchentlich 250 000,— M. Einzelnummer 100 000,— M. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 9gespalt. Nonpareillezeile 200 000,— M., auswärts 240 000,— M., die 8gespalt. Reklamezeile 800 000,— M., ausw. 1 000 000,—. Ausland 800 000 u. 2 400 000 M. Bei mehrmal. Aufgabe Ermäßig. Familienanzeig., Stellen- u. Mietgesuche 40 Proz. Rab. Für Briefniederleg. 40 000 M.

Nr. 202 | Dresden, Donnerstag den 30. August 1923 | 34. Jahrg.

Die Regierung des Mondes

Die Leiter der K. P. D. haben Pech. Ihre Strategie mit den anbefohlenen Generalstreikparolen und den „Aktionen" zur Zersetzung der Gewerkschaften und „Revolutionierung der Betriebsräte" hat keinen äußern Erfolg, der die K. P. D. vor Verödung retten könnte. Auch die allerneueste Taktik, die Aktionen nicht mehr von Partei wegen zu unternehmen, sondern sie von den Betriebsräten beschließen und durchführen zu lassen, scheiterte. Die letzte Generalstreikparole, die die K. P. D. den kommunistischen Betriebsräten vorschrieb, hat die Arbeiter erkennen lassen, wie gefährlich derartige Treibereien sind. Und jetzt kommt die ganze Drahtzieherei der Leitung der K. P. D. ans Tageslicht und gibt der Arbeiterklasse die eindringlichste Belehrung.

Wie wir berichtet, hatte die preußische Regierung den „Reichsausschuß der Betriebsräte" — ein ausschließlich von der K. P. D. gegründetes und ihr höriges Gebilde — verboten, worauf die K. P. D. dieselbe Sache ruhig durch einen Berliner „Ausschuß" weiterbetrieb, es aber formell durch „Verlegung nach Jena" zu decken versuchte. Da wurde auch der Berliner Ausschuß aufgelöst, zugleich nahm man eine Haussuchung in den Geschäftsräumen der K. P. D. vor, wobei man das Material fand, daß das Spiel der K. P. D. mit den Betriebsräten bloßlegt.

Der Amtliche Preußische Pressedienst teilt dazu mit: „Das bei den polizeilichen Durchsuchungen am 28. August in den Geschäftsräumen der Kommunistischen Partei beschlagnahmte Material hat den zwingenden Beweis geliefert, daß der durch Verfügung des Ministers des Innern aufgelöste Fünfzehner-Ausschuß durch eine andre, wie die Kommunisten sagen: **„zweckmäßiger zusammengesetzte" Organisation weitergeführt werden** soll. Nach einem aufgefundenen Organisationsplan, der zum Teil schon verwirklicht ist, sollen die einzelnen Industriegruppen Betriebsräte-Vollversammlungen einberufen, die sich einen Industrie-Gruppen-Ausschuß wählen. Die Gruppen-Ausschüsse bestimmen aus ihrer Mitte einen „Werbe-Ausschuß", und sämtliche Werbe-Ausschüsse werden zu einem „Zentral-Ausschuß" zusammengezogen, der in Zukunft die Arbeiten des verbotenen Fünfzehner-Ausschusses leiten soll." — Aus dem Material geht ferner hervor, daß **alle Angelegenheiten der Berliner Betriebsräte nicht von diesen selbst oder von ihren Organisationen, sondern von der Bezirksleitung Berlin-Brandenburg der Kommunistischen Partei geregelt werden.** So ist z. B. der Beschluß, auf Sonnabend den 8. und Sonntag den 9. September einen „Betriebsrätekongreß" in Berlin zu veranstalten, **auf eine Anweisung der Bezirksleitung der K. P. D. zurückzuführen.** Die kommunistische Agitatorin Ruth Fischer, die den Organisationsplan entworfen hat, hält es **aus taktischen Gründen für richtiger, möglichst viele Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei als Wahlkandidaten heranzuziehen.** Um dem Kongreß das Ansehen einer größeren wirtschaftlichen Macht zu verschaffen, sollen insbesondere die Kraftwerke der Umgegend, die Berlin mit Strom belieferu, und insbesondere Großbetriebe aus dem Reiche herangezogen werden. Man rechnet in kommunistischen Kreisen schon mit einem Verbot des Betriebsrätekongresses und will ihn für diesen Fall in Leipzig oder Dresden abhalten.

Aus allen Aufzeichnungen der kommunistischen Führer geht hervor, daß **die Betriebsrätekongresse Exerzitien für eine Art Arbeiterräte sein sollen.** Maslow sprach es offen aus, in Deutschland würden die Betriebsräte die Arbeiterräte werden und die Kontrollausschüsse die horizontale Ergänzung zu den Sowjets; das kapieren nun schon die Betriebsräte; auch Severing habe das kapiert. Der Betriebsrätekongreß von Berlin-Brandenburg müsse eine politische Kundgebung sein.

Ruth Fischer ist erfreut darüber, daß während des Streiks „die Hundertschaften wie Pilze aus der Erde geschossen seien". **Ihren eigentlichen Zweck, die Faschisten zu bekämpfen, hätten sie jedoch nicht erfüllt,** sie seien vielmehr gebildet worden, **„um die Arbeiter aus den Betrieben herauszuholen".** Es käme jetzt darauf an, die Hundertschaften umzustellen auf Betriebsordnerschaften. Diese Gruppen zu organisieren, sei von entscheidender Bedeutung. In einem Rundschreiben vom 20. August an die Betriebszellenleute wird diesen denn auch **zur Pflicht gemacht,** die Organisierung der Betriebshundertschaften mehr zu forcieren; gleichzeitig werden Referenten für die Aufgabe der Hundertschaften zur Verfügung gestellt usw.

Aus dem amtlich mitgeteilten Material geht weiter folgendes hervor:

Die Berliner Bezirksleitung der K. P. D. hat nach dem gescheiterten „Generalstreik" eine Sitzung zur „Klärung" abgehalten. Die schärfere Richtung wünschte, daß die Forderung der „Diktatur des Proletariats" in den Vordergrund gestellt werden müßte, während die andern mehr opportunistisch eingestellten Führer der K. P. D. die Losung der „Arbeiter- und Bauernregierung" für zugkräftiger hielten. Ueberaus bezeichnend für die Einschätzung der Massen durch die kommunistischen Führer sind einige protokollarische Aufzeichnungen über Ausführungen von Ruth Fischer, in denen es unter anderm heißt:

> „Die Massen haben „Arbeiterregierung" gesagt. Aber sie haben das nur gesagt, weil das die Losung der Kommunistischen Partei ist. Hätte die Kommunistische Partei die Losung: „Regierung des Mondes" herausgegeben, so hätten sie auch geschrien: „Regierung des Mondes", weil das Vertrauen der Massen zur Kommunistischen Partei so groß ist, daß sie alles auffangen, was die Kommunistische Partei sagt."

Von Ruth Fischer ist ferner zugegeben worden, daß, wenn der Streik weitergegangen wäre, die Grenze, an der es zum bewaffneten Konflikt kommt, erreicht worden wäre. Der gleichen Auffassung ist ihr Freund Maslow, der in der Sitzung vom 21. August erklärte, daß, wenn die Kommunisten der Parole des Sturzes der Regierung Cuno die Parole der Diktatur des Proletariats hätten folgen lassen, niemand wisse, was dann gekommen wäre (Zuruf: Bewaffneter Kampf); aber das, was gekommen wäre, wäre sicher nicht günstig für die Kommunisten gewesen. Bei dieser Sachlage ist es kein Wunder, daß den Gewerkschaften der schärfste Kampf angesagt wird. Es soll versucht werden, eine neue Kampagne in die Gewerkschaften hineinzutragen, unter dem Titel: „Reinigung des Funktionär-Apparates", — das führe zu einem klaren Kampf mit der Sozialdemokratischen Partei und den Gewerkschaften. Zusammenfassend wurde betont, daß es nächsten Winter zu entscheidenden Kämpfen komme, und daß sich die K. P. D. in der Aufstellung der proletarischen Hundertschaften ihre „Kampfformationen" und in den Betriebsräten und Kontrollausschüssen ihren „Verwaltungsapparat" schaffen wolle.

Aus dem ganzen Material wird ersichtlich, daß die Desperados in der K. P. D. jetzt unumschränkt das Heft in der Hand haben. Sie reden ganz selbstverständlich von „Endkampf", „Bürgerkrieg", „Bewaffneter Aufstand" und dergleichen, und treiben die kommunistischen Anhänger immer tiefer in die Gluthitze des Hasses aller besonnenen proletarischen Taktik und des Hasses der sozialdemokratischen Organisation und ihrer Führung hinein. Das kann schließlich nur mit Entladungen enden, die einer Selbstzerfleischung des Proletariats gleichkommen. Die sozialdemokratischen Arbeiter, besonders die in den großen Betrieben, haben ganz besonders die Pflicht, sich gegen die Diktatur der Kommunisten in der Betriebsrätebewegung zu wenden und hier die Machenschaften der K. P. D. zu enthüllen. Der Mißbrauch der Betriebsräte als Kanonenfutter für die Aufstandsparolen der K. P. D. muß am Willen der sozialdemokratischen Proletarier scheitern. Genug mit der frivolen Abenteurerpolitik, die sich „kommunistisch" nennt!

•

Verhaftungen. Nach einer Durchsuchung der „Reichszentrale" und der Räume der K. P. D. in der Münzstraße nahm die Polizei mehrere Verhaftungen vor. Unter den Festgenommenen befinden sich auch die kommunistischen Stadtverordneten Grylewicz, Nawrocki, Gehlmann Grothe sowie der Stadtrat Torgeler.

Steuerfronde der bayrischen Industriellen

München, 29. August. Der bayerische Industriellenverband hat in einer Vorstandssitzung zur augenblicklichen Wirtschaftslage dahin Stellung genommen, daß mit den Maßnahmen der Reichsregierung eine Besserung der gegenwärtigen Lage nicht nur nicht erreicht, sondern sogar eine Verschärfung des Zustandes herbeigeführt werde. Die Hauptursachen lägen in der verringerten Arbeitsleistung des deutschen Volkes und in dem zu kostspieligen Beamtenapparat. **Selbst die höchsten Steuern seien nicht imstande, die Mittel für diesen Luxus aufzubringen. Die neuen Steuergesetze erforderten von der Wirtschaft derartige Summen, daß es fraglich erscheine, ob die Wirtschaft unter diesen Bedingungen aufrechterhalten werden kann.** Der Erlaß der neuen Steuergesetzgebung sei ohne Befragen der Länderregierungen und ohne genügende Heranziehung der wirtschaftlichen Organisationen (also auf einmal sind die Herren für Nebenregierungen) in überstürzter Eile ohne Berücksichtigung der Leistungsfähigkeit der Steuerzahler aufgestellt worden.

Internationaler Appell

In der Sitzung des Bureaus des Internationalen Gewerkschaftsbundes (Amsterdam) am 23. August wurde folgende Erklärung angenommen:

„Angesichts des Ernstes der gegenwärtigen Lage appelliert der Internationale Gewerkschaftsbund an das Gewissen und den Friedenswillen des internationalen Proletariats und ruft namentlich die deutschen, englischen, belgischen und französischen Arbeiter zum Handeln auf, um dem Zustand der Spannung ein Ende zu machen, dessen Fortdauer das wirtschaftliche Chaos Europas notwendig verschärfen und mit jedem Tage neue Konfliktskeime schaffen muß.

Zur Erreichung dieses Zieles hat der Internationale Gewerkschaftsbund von Anfang an die sofortige Feststellung der wirklichen Zahlungsfähigkeit Deutschlands, die Revision und Annullierung der interalliierten Schulden, die Aufnahme einer internationalen Anleihe und die Durchführung einer Reparationspolitik mittels Sachleistungen durch Zusammenarbeit der deutsch-französischen Arbeit gefordert.

Der J. G. B. erklärt:

1. daß es Pflicht der deutschen Regierung ist, den kapitalistischen Widerstand zu brechen und jene zu finanziellen Leistungen heranzuziehen, die über die für die Sanierung der Finanzen, die Verbesserung der Existenzbedingungen des deutschen Volkes und die Bezahlung der Reparationsschuld nötigen Mittel verfügen;

2. daß es Pflicht der französischen und der belgischen Regierung ist, mit der militärischen Besetzung ein Ende zu machen.

Der J. G. B. erklärt neuerlich, daß eine der wesentlichsten Voraussetzungen der Wiederherstellung friedlicher Beziehungen zwischen den Völkern der Verzicht auf alle Gewaltmaßnahmen durch die Regierungen und die ehrliche Anwendung der oben genannten Mittel ist, die allein eine rasche Lösung der Probleme verbürgen;

daß dieses Resultat nicht durch Einzelaktionen, denen sich die nationalen Interessen entgegenstellen würden, erreicht werden kann, sondern nur durch eine vom höheren Interesse der Menschheit geleitete Gesamtaktion."

Neue K. P. D.-Attacke in Sachsen

Ein paar Tage lang hat die kommunistische Presse ihre Angriffe gegen die Regierung Zeigner eingestellt, aber jetzt kommt der große Paul Böttcher, der vor einigen Wochen sich in Moskau mit der echtesten kommunistischen Weisheit eingedeckt hat, und fährt schweres Geschütz gegen die S. P. D. und die Zeigner-Regierung auf. Wie lange die Koalition zwischen K. P. D. und S. P. D. in Sachsen dauern wird, hänge, so schreibt Herr Böttcher, ganz von der S. P. D. und ihrer Regierung ab. Die Kommunistische Partei denke nicht daran, den Stresemann-Kurs Zeigners mitzumachen. Hierüber hätten die Kommunisten nie den geringsten Zweifel gelassen.

Böttcher geht dann auf die Entstehung und die Bedingungen der Regierung ein und stellt die Behauptung auf, selbst die parlamentarischen Ergebnisse der Koalition, Gemeindereform, Totenbestattung, Amnestie wären nur unter dem fortgesetzt stärksten Druck der Kommunisten in ihrer jetzigen Form erreicht worden. Bei der Gemeindereform hätte die K. P. D. mit ultimativen Zwangsmitteln gegenüber der sozialdemokratischen Landtagsfraktion auftreten müssen, damit diese nicht unversehens zur Bourgeoisie überlaufen konnte. Es braucht wohl kaum erst gesagt zu werden, daß diese Behauptung Böttchers eine freche Lüge ist. Aber auf derartige Unverfrorenheiten kommt es einem Mann wie Paul Böttcher nicht an.

In dem zweiten Teil seines Artikels überschüttet Böttcher dann die sächsische Regierung mit den ärgsten Vorwürfen. Die sächsische Regierung, so behauptet er, sei gegenüber den Massenstreikbewegungen der letzten Wochen nicht über die engstirnige Polizeiauffassung der alten geheimrätlichen Politik hinausgekommen. Sie habe die letzten Volksbewegungen vom Standpunkt der Straßenunordnung und Krawalle gesehen. Böttcher schreibt u. a. folgendes:

> Als Lohnempfänger und als Konsumenten standen Arbeiter und Angestellte in heftigsten aktiven Kämpfen gegen die herrschende Klasse. Weder der Lohnempfänger, noch dem Konsumenten hat die Regierung geholfen. Sie hat beide Male die Partei der Unternehmer ergriffen. Die Regierung hat keine **Lebensmittelbestandsaufnahme und Beschlagnahme zum Zwecke der Rationierung gewagt.** Noch viel weniger fand die Regierung den Mut, eine zwangsweise Erfassung von Devisen für den Lebensmitteleinkauf durchzusetzen. Die lächerliche Ausflucht der Regierung, in Sachsen seien keine Devisenbestände, wird beim letzten Handelsstift auf der Fortbildungsschule ein brausendes Hohngelächter hervorrufen.
>
> Von ihrer Regierung im Kampfe gegen die Geldentwertung und gegen die Hungersnot kläglich im Stich gelassen, halfen sich die Arbeiter selbst. Durch Massendemonstrationen wurde dem Unternehmertum der Ernst der Lage begreiflich gemacht. Die Unternehmer bewilligten, ohne daß die üblichen gewerkschaftlichen Paragraphen und Regeln abgeleiert wurden. Nicht die Regierung, sondern die Klassenorgane der Arbeiterschaft haben in den letzten Massenbewegungen das Chaos, die Hungerrevolte und nackte Verzweiflungstat verhindert. In vielen Fällen ist die Regierung an diesem Erfolg nur insoweit beteiligt, als sich die Klassenorgane der Arbeiter die Staatsorgane der Regierung zu Hilfsorganen gemacht haben.

Was hat die Regierung angesichts dieser Lage getan? Sie hat Jeremiaden losgelassen über „willkürliche Eingriffe in die Lebensmittelversorgung", ohne jedoch in den Krisentagen dem Proletariat auch nur ein Gramm Margarine auf den Tisch zu legen. Im Kampfe gegen die Geldentwertung ist **die sächsische Regierung der Arbeiterschaft in brutalster Weise in den Rücken gefallen.**

Böttcher treibt hier wieder dasselbe Spiel, das wir bei den Kommunisten so oft erlebten. Es werden von der sächsischen Regierung Maßnahmen verlangt, die sie durchzuführen gar nicht berechtigt ist, wie z. B. die Lebensmittelbestandsaufnahme und die Beschlagnahme zum Zwecke der Rationierung. Die sächsische Regierung würde sehr töricht sein, wenn sie sich durch das kommunistische Geschrei in einen Konflikt mit dem Reiche hineintreiben ließe, bei dem von vornherein das Recht beim Reiche wäre. Uebrigens dürfte Herrn Böttcher doch auch bekannt sein, daß Sachsen ein Zuschußland ist und daß wir auch dann, wenn wir noch so sorgfältig die Lebensmittelbestände aufnehmen und rationieren würden, unsre Bevölkerung nicht versorgen könnten. Allein dieses Beispiel zeigt, wie skrupellos Böttcher gegen die sächsische Regierung hetzt.

Natürlich müssen auch wieder die Leipziger Vorgänge herhalten und die übrigen Fälle, in denen die Polizei gegen Ausschreitungen vorgehen mußte. Schimpfen ist kinderleicht, aber Herr Böttcher sollte doch endlich einmal sagen, was die sächsische Regierung eigentlich tun soll, ob sie ihre Polizei ruhig zusehen lassen soll, wenn Fensterscheiben zerschlagen und Amtsgebäude gestürmt werden? Festgestellt ist, daß die Elemente, die die Ausschreitungen begehen, oft durchaus nicht verzweifelte hungrige Arbeiter sind, sondern allerhand bedenkliches Gesindel. Wir brauchen nur daran zu erinnern, daß erst kürzlich in Plauen bei einem Manne, der gegen die Polizei hetzte, ein wunderschönes Hakenkreuz entdeckt wurde. Aber die Kommunisten sind ja jetzt eifrig bestrebt, so etwas wie eine kommunistisch-hakenkreuzlerische Koalition zustande zu bringen. Unter diesen Umständen wäre es freilich begreiflich, wenn sie sich auch schützend vor hakenkreuzlerische Unruhestifter stellen.

Ob die Kommunisten es wirklich versuchen werden, die Zeigner-Regierung zu stürzen, können wir in aller Ruhe abwarten. Wir sind der Ueberzeugung, daß ein derartig gemeiner Arbeiterverrat Herrn Böttcher und seinen Leuten sehr übel bekommen würde.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19230830/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG